

## BDI-Mittelstandsinformationen

Ausgabe 6/2009

Arndt G. Kirchhoff: »Mittelständler optimistischer – keine Vorschußlorbeeren für Schwarzgelb«

**Die Richtung stimmt. Trotz des holprigen Starts der neuen Bundesregierung sind wir Mittelständler wieder optimistischer, was die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen angeht. Der wahlkampfbedingte Reformstillstand ist zu Ende. Dennoch verteilen die Unternehmer keine Vorschußlorbeeren. Das zeigen auch die Ergebnisse der Herbstumfrage 2009 des BDI-Mittelstandspanels.**

Der Koalitionsvertrag und die ersten Schritte der neuen Bundesregierung stärken mein Vertrauen in den Handlungswillen und die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung. Das ist gerade jetzt wichtig. Denn Vertrauen ist die wichtigste Währung in Krisenzeiten.

Auch wenn die Unsicherheiten weniger werden und mehr Optimismus herrscht. Machen wir uns nichts vor, die Krise ist noch längst nicht überwunden. Zahlen täuschen leicht, vor allem wenn sie auf extrem niedrigen Basiswerten im Vorjahresvergleich beruhen. Vor uns liegt also noch ein langer und steiniger Weg. Insofern stimmt die Reihenfolge, in der die Bundesregierung die Aufgaben angeht: Erst die Krise bewältigen und dann Strukturreformen für nachhaltiges Wachstum umsetzen. Das jetzt auf den Weg gebrachte Wachstumsbeschleunigungsgesetz vereint in sich zwei entscheidende Merkmale, auf die es jetzt ankommt: Es beseitigt krisenverschärfende Elemente, insbesondere bei der Zinsschranke und der Erbschaftsteuer. Es schafft gleichzeitig Vertrauen, weil es die von der Koalition vor der Wahl angekündigten Sofortmaßnahmen nach der Wahl sofort aufgreift und rasch umsetzt.

Die wirtschaftspolitischen Wünsche der Unternehmen sind nach den Ergebnissen aus dem BDI-Mittelstandspanel unverändert: Bürokratieabbau, Senkung der Lohnzusatzkosten und Stärkung von Aus- und Weiterbildung. Für mich ist dies ein weiterer Beleg dafür, dass der Weg zu stärkerem Wachstum nur über nachhaltige strukturverbessernde Maßnahmen gelingt. Es ist deshalb richtig und wichtig, am 25 Prozent Abbauziel in Sachen Bürokratie festzuhalten und die Anstrengungen dorthin zu kommen, weiter zu verstärken. Fast täglich kommen neue Gesetze und Verordnungen auf unsere Tische. Hier muss der Normenkontrollrat seine Arbeit nicht nur fortsetzen, sondern spürbar intensivieren. Dazu gehört auch, dass seine Regeln weit über die bisher untersuchten Informations- und Dokumentationspflichten hinausgehen.

Es ist kaum zu glauben: Aber noch viel zu wenige Mittelständler sind im Ausland aktiv. Dabei gibt es zur intensiven



Einbindung in die internationale Arbeitsteilung keine Alternative. Wir in Deutschland sind spezialisiert auf weltmarktorientierte Industrie und industriennahe Dienstleistungen. Dort sind wir hochgradig wettbewerbsfähig und deshalb erfolgreich. Wir haben richtig was zu bieten, zum Beispiel wenn wir an die Klimakonferenz in Kopenhagen denken. Deshalb brauchen wir in Deutschland mehr Ausrichtung von Politik und Unternehmen auf die Anforderungen des Weltmarktes, mehr Mut zur Grenzüberschreitung und vor allem mehr Begleitung dieser Prozesse durch die Wirtschaftspolitik. Dafür muss die deutsche Außenwirtschaftsförderung, von der Finanzierung und Absicherung von Auslandsgeschäften bis zur Auslandsmesseförderung, gestärkt werden. Dann kann die Außenwirtschaft auch Motor des Aufschwungs sein.

Vorsitzender des BDI/BDA-Mittelstandsausschusses



## Inhaltsverzeichnis

<b>Arndt G. Kirchhoff</b> .....	01
»Mittelständler optimistischer – keine Vorschußlorbeeren für Schwarzgelb«	
<b>Konjunktur</b> .....	04
Konjunkturelle Talfahrt gestoppt – Aufstieg wird schwierig	
<b>Unternehmensfinanzierung</b> .....	05
Bessere Bedingungen für Mittelstand schaffen	
<b>BDI-Mittelstandspanel</b> .....	06
Verhaltene Zuversicht im industriellen Mittelstand	
<b>Wachstumsbeschleunigungsgesetz</b> .....	07
Bleibt hinter Erwartungen zurück	
<b>Verkehrspolitik</b> .....	08
BDI präsentiert zwölf Kernforderungen	
<b>DAXplus Family Index</b> .....	09
Erfolg von Familienunternehmen beweisen	
<b>Innovationsindikator 2009</b> .....	10
Deutschland verschlechtert sich um einen Platz	
<b>Europa</b> .....	11
BDI wirbt für breiteren Mittelstandsbegriff	
<b>Bilanzrecht</b> .....	12
IFRS für KMU auch für Europa?	
<b>Klimakonferenz</b> .....	13
Verlässliches Abkommen beschließen	
<b>Südafrika</b> .....	14
»Riese vom Kap« bedeutend für deutsche Wirtschaft	
<b>Brasilien</b> .....	15
Chancen für eine neue Wirtschaftspartnerschaft nutzen	
<b>Deutsch-Arabischer Kongress</b> .....	16
Gemeinsam aus der Krise	



### Impressum

Herausgeber: Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. • Mittelstand und Familienunternehmen • Breite Straße 29 • 10178 Berlin  
 Redaktion: Dipl.-Volksw. J. Düren, j.dueren@bdi.eu • Dipl.-Reg.-Wiss. U. Knott, u.knott@bdi.eu • S. Jäckel, s.jaekel@bdi.eu  
[www.bdi.eu/mittelstand](http://www.bdi.eu/mittelstand) • Druck: DCM Druck Center Meckenheim • Layout: berlinerverhaeltnisse | agentur für kommunikation gmbh

## Konjunktur

### Konjunkturelle Talfahrt gestoppt – Aufstieg wird schwierig

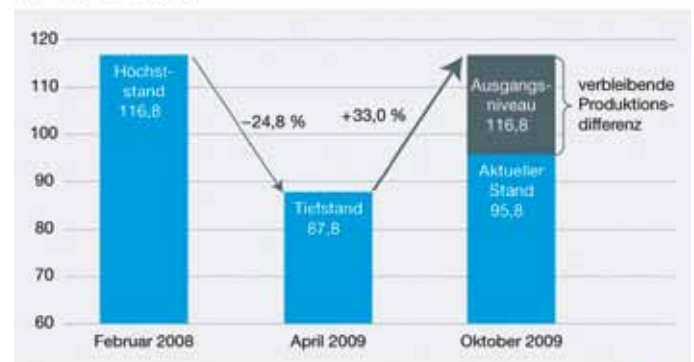
**Nach dem rapiden und scharfen Absturz der Weltwirtschaft im vergangenen Winter ist die Bodenbildung erreicht. Einige Konjunkturdaten im Verarbeitenden Gewerbe deuten einen leichten Aufschwung an. Für Euphorie ist es jedoch zu früh: Der Aufschwung startet von niedrigstem Niveau und ist weiterhin fragil.**

Nach dem stärksten Einbruch der Weltwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich die konjunkturelle Situation global entspannt. Die in vielen Staaten der Welt erfolgten Interventionen zur Stabilisierung der Finanzmärkte und der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sowie das Wiederanziehen des Welthandels sorgen gegenwärtig für Entspannung. Auch in der deutschen Wirtschaft, die vom drastischen Einbruch der globalen Nachfrage zunächst massiv betroffen war, hat sich die Schockstarre im Laufe des Jahres gelöst: Die Geschäftserwartungen des ifo-Index' für das Verarbeitende Gewerbe haben sich seit Januar 2009 von Monat zu Monat aufgehellt. Seit Juni 2009 beurteilen die Wirtschaftsforschungsinstitute auch die Geschäftslage kontinuierlich besser. Ähnlich die Auftragseingänge, die sich seit März 2009 im Aufwärtstrend befinden. Dies wirkt sich immer stärker auf die Produktionszahlen aus.

Die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute zeigt deshalb für 2010 ein Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts von 1,2 Prozent auf, der Sachverständigenrat erwartet sogar 1,6 Prozent. Das Wachstum wird vor allem vom steigenden Außenbeitrag gestützt, die höheren Bauinvestitionen werden von den öffentlichen Konjunkturprogrammen getragen. Den privaten Konsum, der zuletzt noch positive Beiträge geleistet hatte, schätzen die Experten im kommenden Jahr eher rückläufig ein; die langsam steigende Arbeitslosigkeit trübt die Konsumlaune stärker ein, als höhere staatliche Transfers und Steuersenkungen das verfügbare Einkommen erhöhen.

So positiv die Prognosen auf den ersten Blick erscheinen, so vorsichtig sind sie auf den zweiten Blick zu bewerten. Erstens wird ein Teil der übertriebenen Zurückhaltung unmittelbar nach der Eskalation der Krise nun korrigiert, ohne dass damit eine schnelle Rückkehr zum Vorkrisenniveau verbunden ist. Zweitens geht ein großer Teil der aktuellen BIP-Zuwächse (0,4 Prozent und 0,7 Prozent im 2. bzw. 3. Quartal 2009) auf einen statistischen Überhang-Effekt nach dem tiefen Absturz im 1. Quartal 2009 (-3,4 Prozent) zurück. Doch um den diesjährigen Rückgang der Wirtschaftsleistung von fünf Prozent zu kompensieren, muss die deutsche Wirtschaft mehr als drei Jahre mit einer Rate von jeweils 1,5 Prozent wachsen. Ferner steht die Erholung unter zwei Vorbehalten: Die Finanzmarktstabilisierung und die Neuordnung der globalen Finanzmarkt-

**Produktionsindex (2005 = 100) im Verarbeitenden Gewerbe, saisonbereinigt**



Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand vom 8. Dezember 2009



architektur sind zwar vorangekommen, aber nach wie vor bestehen akute Probleme. Gerade jetzt, in einer Phase erhöhten Finanzierungsbedarfs, steigt das Risiko einer flächendeckenden Kreditklemme. Und infolge der niedrigen Kapazitätsauslastung ist ein Anstieg der Arbeitslosigkeit nahezu unvermeidlich. Bisher konnten die Effekte der Krise durch staatliche Unterstützungsmaßnahmen (Ausweitung der Kurzarbeit etc.) und das beschäftigungssichernde Verhalten der Unternehmen, auch im industriellen Mittelstand, abgefedert werden. Je länger und vor allem steiniger die Rückkehr zum alten Wachstum wird, desto wahrscheinlicher wird der Anstieg der Erwerbslosigkeit.

Umso wichtiger ist es, dass die neue Bundesregierung ihre Wirtschaftspolitik konsequent auf mehr Wachstum ausrichtet. In den Bereichen Innovation und Infrastruktur, Energie und Klima sowie Steuern können Reformen dazu beitragen, dass Deutschland auf einen höheren Wachstumspfad zurückkehrt. Daneben stehen die Banken in der Verantwortung, ihren Beitrag zur Erholung zu leisten und Finanzierungspässe zu beseitigen. Weitere Informationen im Internet unter [www.bdi.eu](http://www.bdi.eu) (Konjunktur, Standort, Wettbewerb)

Ansprechpartner: Dr. Juri Schudrowitz  
j.schudrowitz@bdi.eu

## Unternehmensfinanzierung

### Bessere Bedingungen für Mittelstand schaffen

**Immer mehr Unternehmen leiden unter der Konjunkturschwäche. Bonitätsverschlechterung und Liquiditätsengpässe machen vor allem kleinen und mittleren Unternehmen schwer zu schaffen. Die Wirtschaft ist besorgt, dass sich die Finanzierungsbedingungen 2010 auf breiter Front weiter verschlechtern könnten.**

Vor diesem Hintergrund hat der BDI das Zehn-Thesen-Papier »Unternehmensfinanzierung sichern, Kreditklemme vermeiden« erarbeitet. Die vom BDI-Präsidium verabschiedeten Handlungsvorschläge richten sich an Banken und die Politik. Der BDI sieht zuallererst die Banken in der Pflicht, eine flächendeckende Kreditklemme zu vermeiden – auch, weil die Wirtschafts- und Finanzkrise hier ihren Anfang nahm. »Die Banken müssen die Finanzprodukte, die die Industrie für ihr Geschäft dringend benötigt, in den Markt zurückbringen«, heißt es in dem Papier. Der Unmut bei den Unternehmen ist groß. Die Industrie, insbesondere der industrielle Mittelstand, braucht Hausbanken, die als verlässlicher Partner auch in schwierigen Situationen zur Seite stehen. Es sollte im ureigenen Interesse der Banken liegen, dass der Kreditmotor wieder rund läuft.

Die praktizierten Ratingsysteme überzeichnen in der aktuellen Krise das Ausfallrisiko. Das bedeutet: Selbst Unternehmen mit guten Daten leiden unter Ratingkorrekturen, wenn ihre Branche pauschal herabgestuft wird. Banken sollten auch mehr als bisher Chancen der Unternehmen in den Blick nehmen. Staatliche Hilfsangebote, beispielsweise bei der Exportkreditfinanzierung, sollten Banken stärker nutzen, damit die Erleichterungen auch bei der Wirtschaft ankommen.

Der BDI fordert, dass die Banken jede Möglichkeit zur Eigenkapitalentlastung nutzen, um aus eigener Kraft bestehende Bilanzrestriktionen zu überwinden, die ihre Geschäftstätigkeit begrenzen. Auch der Staat kann und muss nach Ansicht des BDI die Probleme entschlossener entschärfen. Die Wiederbelebung des Verbriefungsmarktes bleibt eine der wichtigsten Aufgaben, um die Finanzierung der Unternehmen zu sichern. Notwendig dazu sind vor allem hohe und wirksame Qualitätsstandards sowie ein hinreichend hoher Selbstbehalt der verbriefenden Banken bei den Risiken.

Der Mittelstand benötigt dringend eine »Eigenkapitaloffensive«. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat bei vielen Unternehmen die Haftkapitalbasis verringert. Eine Stärkung der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen würde deren Bonität und Zugang zu Krediten verbessern. Notwendig sind deshalb verbesserte steuerliche Rahmenbedingungen für die

Thesaurierung von Gewinnen sowie eine Reform des Marktes für Beteiligungskapital. Vor allem für die fällig werdenden Mezzanine-Programme müssen Finanzierungslösungen gefunden werden. Ohne Anschlussfinanzierungen ist die Existenz vieler Industriefirmen bedroht.

Der BDI plädiert für eine Finanzmarktregulierung mit Augenmaß, die unerwünschte Nebenwirkungen vermeidet. Funktionsfähige Finanzmärkte bilden die Grundlage für eine reibungslose Unternehmensfinanzierung. Deshalb ist eine Neuausrichtung der globalen Finanzmarktordnung dringend erforderlich. Die Politik muss die Kapital- und Liquiditätsanforderungen an die Banken risikogerecht anpassen. Dabei muss sorgfältig zwischen verschiedenen Geschäftsfeldern und Risiken – etwa dem klassischen Unternehmenskreditgeschäft und dem Investmentbanking – unterschieden werden.

Dem BDI-Präsidium gehören 52 Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft an. Das vollständige BDI-Positionspapier »Unternehmensfinanzierung sichern, Kreditklemme vermeiden« ist unter [www.bdi.eu](http://www.bdi.eu) erhältlich.

Ansprechpartner: Dr. Reinhard Kudiß,  
[r.kudiss@bdi.eu](mailto:r.kudiss@bdi.eu)

## BDI-Mittelstandspanel

### Verhaltene Zuversicht im industriellen Mittelstand

Frei nach dem Motto »Keine schlechten Nachrichten sind gute Nachrichten« hat sich die Lage im industriellen Mittelstand zwischenzeitlich etwas entspannt. Das ist ein Ergebnis der Herbstumfrage des BDI-Mittelstandspanels 2009. Der Anteil der schlechten Lageeinschätzungen ist stärker zurück gegangen als die guten Bewertungen der eigenen Wirtschaftslage.

Der Blick auf die Umsatzentwicklung der Unternehmen des BDI-Mittelstandspanels im ersten Halbjahr 2009 zeigt genau so wie die amtlichen Zahlen keinen erfreulichen Befund. Über zwei Drittel der Unternehmen mussten einen Umsatzrückgang hinnehmen. Es gibt in der Krise aber durchaus auch Unternehmen – und zwar mehr als jedes achte –, die über eine Ausweitung ihrer Umsätze berichten. Etwa jedes fünfte Unternehmen konnte die Umsätze zumindest konstant halten. Da mit steigender Unternehmensgröße tendenziell auch der Anteil der Exportunternehmen sowie die Exportquote innerhalb der Gruppe steigen, waren in den oberen Klassen vergleichsweise mehr Unternehmen von Umsatzrückgängen betroffen.

Bezogen auf alle von der Befragung erfassten Unternehmen, zeigt die Verteilung der Umsatzrückgänge, dass jedes dritte Unternehmen Umsatzeinbrüche von mehr als 20 Prozent hinnehmen musste. Der Größenvergleich liefert weitere interessante Ergebnisse zur Höhe der durchschnittlichen Umsatzeinbußen. So sind zwar mit sinkender Unternehmensgröße weniger Unternehmen betroffen. Wenn es hier jedoch zu Einbußen kam, fielen diese stärker als im Durchschnitt der Befragung aus.

Wie in den vergangenen Herbstbefragungen bot das BDI-Mittelstandspanel den Unternehmen auch in diesem Jahr die Gelegenheit, wirtschaftspolitische Empfehlungen zu äußern. Ein Vergleich der Aussagen über die letzten Jahre hinweg zeigt, dass es der Politik bisher nicht in spürbarem Maße gelungen ist, die Problemfelder anzugehen. So finden sich doch auf den ersten drei Rängen kontinuierlich die gleichen Themen:

**Handlungsfeld Nr. 1: Bürokratiebelastung.** Auch im Herbst 2009 ist immer noch für neun von zehn Unternehmen dieses Handlungsfeld zentral.

**Handlungsfeld Nr. 2: Lohnzusatzkosten sind Wachstumsbremse:** Rund 87 Prozent der Unternehmen halten eine Absenkung der Lohnzusatzkosten für ein wichtiges Thema der nächsten Legislaturperiode – es ist und bleibt ein Dauerthema für die Unternehmen.



**Handlungsfeld Nr. 3: Stärkung der Aus- und Weiterbildung realisieren.** Unabhängig von ihrer Größe und Branche sehen gut 80 Prozent der mittelständischen Industrieunternehmen das Thema Bildung und Ausbildung als wichtiges Handlungsfeld. Nach aktuellen Angaben der OECD summierten sich die öffentlichen Ausgaben für das deutsche Bildungssystem im Jahr 2006 auf 4,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Ergänzt um weitere 0,7 Prozent privater Bildungsausgaben liegt Deutschland damit auf Platz 24 von 28 untersuchten Ländern.

Das BDI-Mittelstandspanel befasst sich weiterhin mit den derzeitigen Herausforderungen an die Unternehmensführung sowie der Frage, wer den Unternehmen bei der Suche nach den richtigen Antworten bei der Krisenbewältigung beratend zur Seite steht. Weitere Kernthemen sind und bleiben die Finanzierungssituation der Unternehmen sowie mögliche Anpassungen in der Finanzierungsstrategie als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise.

Das BDI-Mittelstandspanel wird im Auftrag von BDI, Ernst & Young und der IKB vom Institut für Mittelstandsforschung (IfM) seit 2005 durchgeführt. An der zehnten Erhebungswelle der Online-Befragung haben sich in der Zeit vom 1. September bis 30. November knapp 1.500 Unternehmen beteiligt. Das BDI-Mittelstandspanel kann unter [www.bdi.eu](http://www.bdi.eu) abgerufen werden.

## Wachstumsbeschleunigungsgesetz Bleibt hinter Erwartungen zurück

Die neue Regierungskoalition hat mit ihren Ankündigungen steuerlicher Kurzfristmaßnahmen zur Bewältigung der aktuellen Wirtschaftskrise große Hoffnungen geschürt. Die im Entwurf des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes vorgesehenen Maßnahmen weisen den richtigen Weg. Gleichwohl zeigt sich im Detail noch deutlicher Nachjustierungsbedarf.

Nicht einmal einen Monat nach der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages hat die neue Bundesregierung ihr erstes steuerpolitisches Vorhaben auf den Weg gebracht. Am 18. Dezember 2009 soll das Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Bundesrat abschließend beraten werden.

Entgegen den Hoffnungen der Wirtschaft ist der im Detail bestehende Nachbesserungsbedarf nicht in den bereits vom Bundestag beschlossenen Entwurf eingeflossen. Die zeitliche Vorverlegung des EBITDA-Vortrags bei der Zinsschranke wurde ebenso wenig berücksichtigt wie die erforderlichen Nachjustierungen zur Konzernklausel der so genannten Mantelkaufsregelung. Ausgerechnet im Krisenjahr 2009 soll noch keine Verrechnung von EBITDA-Vorträgen aus den konjunkturell besseren Jahren 2007 und 2008 möglich sein. Beim so genannten Mantelkauf widerspricht das strenge Beteiligungserfordernis von 100 Prozent weiterhin den Strukturen deutscher Konzerne. Selbst geringfügige Splitterbeteiligungen hindern die Berufung auf die Konzernklausel und führen zu einem Untergang der Verlustvorträge.

Hingegen wird die dauerhafte Erhöhung der Freigrenze von einer auf drei Millionen Euro einen durch die Zinsschranke drohenden Liquiditätsverlust für viele kleine und mittlere Unternehmen nachhaltig verhindern.

Mittelstandsrelevant ist außerdem die Wiederherstellung der alten Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter von 410 Euro. Sie wurde mit der Unternehmenssteuerreform 2008 auf 150 Euro herabgesetzt. Die in diesem Zusammenhang eingeführte Poolabschreibung für Wirtschaftsgüter bis zu 1.000 Euro soll alternativ genutzt werden können.

Zu begrüßen ist auch die Reduzierung der gewerbsteuerlichen Hinzurechnung von gezahlten Immobilienmieten, -pachten und -leasingraten. Der auf 50 Prozent gesenkte Finanzierungsanteil ist aber noch immer deutlich zu hoch. Da die Gewerbesteuer auch den finanziellen Bedürfnissen der Gemeinden nicht mehr genügt, ist eine Reform der Kommu-

nalfinanzen unumgänglich. Die durch den Koalitionsvertrag in Aussicht gestellte Kommission zur Prüfung eines Ersatzes der Gewerbesteuer wird daher von Seiten der Wirtschaft stark unterstützt.

Neben diesen und weiteren Korrekturen der Unternehmenssteuerreform 2008 sieht das Gesetz im betrieblichen Bereich Nachbesserungen des Erbschaftsteuergesetzes sowie die Einführung einer kleinen Konzernklausel bei der Grunderwerbsteuer vor.

Bei der Erbschaftsteuer ist die Verkürzung der Behaltefristen bei der Unternehmensnachfolge von sieben auf fünf Jahre für die Regelverschonung bzw. von zehn auf sieben Jahre für die Verschonungsoption geplant. Zusätzlich wollen die neuen Regierungspartner die geforderte Lohnsumme von 650 auf 400 Prozent bzw. von 1.000 auf 700 Prozent absenken. Die Lohnsummenklausel soll erst bei Unternehmen mit mehr als 20 statt bisher 10 Arbeitnehmern greifen. Anders als ursprünglich geplant, sollen diese geänderten Verschonungsbedingungen rückwirkend ab 2009 anzuwenden sein. Zudem soll ab 2010 eine Steuersatzerleichterung bei der Steuerklasse II für nahe Verwandte wie Neffen und Nichten erfolgen.

Bei der Grunderwerbsteuer im Konzern greift die Neuregelung bedauerlicherweise zu kurz. Steuerfreiheit erlangen Unternehmen nur in Umwandlungsfällen. Zudem beschwert die fünfjährige Vor- und Nachfrist die Konzernklausel.

Ansprechpartnerin: Dr. Antje Fellingner  
a.fellinger@bdi.eu

## Verkehrspolitik BDI präsentiert zwölf Kernforderungen

**Mobilität stärken, Umwelt schonen, Wohlstand sichern: In diesem Spannungsfeld muss sich eine nachhaltige Verkehrspolitik bewegen. Der BDI stellt dazu zwölf Empfehlungen für die 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages vor.**

Unsere Mobilität von morgen muss sauber, sicher, leise und effizient sein. Sie muss Lösungen für Ballungszentren und ländliche Räume bieten; sie muss soziale Teilhabe und reibungslosen Güterverkehr ermöglichen. Das erfordert eine Verkehrspolitik aus einem Guss. Der BDI gibt mit seinen zwölf Kernforderungen einen Handlungsrahmen für die Verkehrspolitik der kommenden vier Jahre vor. Die Industrie setzt insbesondere auf exzellente Verkehrswege, wettbewerbsfähige, optimal vernetzte Verkehrsträger, intelligente Verkehrssysteme und innovative Antriebstechnologien.

Dafür skizziert die Bundesregierung im Koalitionsvertrag die richtigen Routen. Sie bekennt sich zu leistungsfähigen Verkehrswegen: »Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur werden wir auf hohem Niveau für Straße, Schiene und Wasserstraße sicherstellen«. Diese Aussage ist richtig, aber unzureichend. Sie muss bedeuten, mindestens das derzeitige Niveau von rund zwölf Milliarden Euro zu halten. Deutschland lebt mit Blick auf die Verkehrsinfrastruktur seit Jahren von der Substanz. Für Wachstum braucht die exportorientierte deutsche Industrie optimale Verkehrswege. Die Mobilität wird für Bürger immer teurer und Staus infolge zu geringer staatlicher Investitionen häufen sich. Das ist nicht zuzumuten.

Infrastruktur für Transport und Logistik ist ein entscheidender Faktor für die Standortwahl global agierender Unternehmen. Investitionen in exzellente Verkehrsinfrastruktur sichern Wohlstand, Wachstum und die Steuereinnahmen von morgen. Umso wichtiger ist die Ankündigung der Koalition, ein neues Konzept zur Anlastung externer Kosten im Verkehr einzusetzen. Aus Sicht der Industrie muss eine kluge Verkehrspolitik die negativen Auswirkungen der Mobilität verringern. Zusätzliche Kosten anzulasten, sollte dagegen kein politisches Ziel sein.

Union und FDP greifen weitere wichtige Anliegen der Wirtschaft zur Stärkung der Verkehrswege auf. Kreditfähigkeit der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft schaffen, Investitionsprojekte priorisieren, Bundesstraßen mit geringer Fernverkehrsrelevanz zurückstufen und Planungsrecht beschleunigen – alle diese Maßnahmen dienen Wachstum und



Autobahnkreuz, Foto: plainpicture

Klimaschutz zugleich. Denn moderne Infrastrukturen bilden das Rückgrat für eine nachhaltige Mobilität. Die Bundesregierung setzt zudem auf mehr Effizienz im Straßenverkehr durch eine maßvolle Anpassung der Fahrzeuglängen und –gewichte.

Die Industrie begrüßt den angekündigten Feldversuch für so genannte innovative Nutzfahrzeuge und hat dazu ausgewogene Vorschläge erarbeitet. Auch die Wettbewerbsfähigkeit von Schiene, Luft- und Seeverkehr behält die Koalition mit grundsätzlich richtigen Maßnahmen im Blick. Das Ziel, Deutschlands Führungsposition im Bereich Telematik und Verkehrsmanagementsysteme auszubauen, unterstützt der BDI. Und mit Recht bekennt sich die Koalition zur Optimierung des Verbrennungsmotors, zur Elektromobilität, zu Wasserstoff und Brennstoffzellen und zu innovativen Biokraftstoffen. Dabei gilt der »Grundsatz der Technologieneutralität«. Das ist gut – aber nicht gut genug. Es fehlen Aussagen zur engen Kooperation aller Partner, zur effektiven steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung für Unternehmen aller Größenklassen und zu weiteren sinnvollen Anreizen in der Markteinführungsphase neuer Technologien.

Die zwölf Kernforderungen des BDI für die Verkehrspolitik in der 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages finden Sie hier: [www.bdi.eu/103\\_5884.htm](http://www.bdi.eu/103_5884.htm)

Ansprechpartnerin: Petra Richter  
[p.richter@bdi.eu](mailto:p.richter@bdi.eu)

## DAXplus Family Index

### Erfolg von Familienunternehmen beweisen

Der BDI begrüßt den Start des DAXplus Family Index. Die Deutsche Börse führt den neuen Index zum 4. Januar 2010 ein. Er soll die Entwicklung von börsennotierten Familienunternehmen abbilden. Jede dritte Aktiengesellschaft wird von einer Familie kontrolliert. Der Index wird den Erfolg des Geschäftsmodells »Familienunternehmen« auch auf den Aktienparkett beweisen.

Familienunternehmen verpflichten sich stets dem langfristigen Wohl. Börsennotierte Konzerne maximieren dagegen den schnellen Profit.

Beide Klischees sind gängig und nicht richtig, wenn beispielsweise Familienunternehmen am Nachfolgestreit zerbrechen. Doch die Klischees erweisen sich auch als richtig. Das belegen Ertrags- und Kursstatistiken. Denn daran gemessen werfen börsennotierte Familienunternehmen sowohl für die Eigentümer als auch für den Aktionär mehr Profit ab als Aktiengesellschaften von nicht familiengeführten Unternehmen.

Um diese Erkenntnis gewinnbringend zu nutzen, entwickelte das Center for Entrepreneurial and Financial Studies (CEFS) an der TU München gemeinsam mit der Deutschen Börse den »DAXplus Family Firm Index«. Aufgenommen werden alle Unternehmen, in denen die Gründerfamilie mindestens 25 Prozent der Anteile hält – oder aber sie sitzt im Vorstand oder Aufsichtsrat und übt mindestens fünf Prozent Stimmrecht aus. 113 Firmen erfüllen das Kriterium. Das ist ein Drittel aller Unternehmen aus dem deutschen Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse, indem strenge Berichtskriterien gelten. Die 20 größten und liquidesten Unternehmen des Index sollen im DAXplus Family 20 Index zusammengefasst werden.

Die Diskrepanz zwischen dem Eigentum der Familie und dem der Aktionäre falle bei Familienunternehmen weg, sagen Finanzmarktexperten. Als Großaktionär seien Familien schon allein aus persönlichem Gewinnstreben beiden Interessen verpflichtet: Dem Eigentum und Wohl der Firma, aber auch dem Aktienkurs. Solch eine - zumindest in der Gesamtsumme - stärkere Harmonie wirke sich in stabileren Kennzahlen aus. So sind nach CEFS-Berechnungen börsennotierte Familienunternehmen mit einem Eigenkapital von durchschnittlich 51 Prozent in der Krise sehr viel besser gepolstert als andere börsennotierte Unternehmen mit durchschnittlich nur 30 Prozent.

Darüber hinaus belegen regelmäßige Unternehmensranglisten des Handelsblattes, dass die großen Familienunternehmen in Deutschland und in Europa ihre Umsätze Jahr für Jahr stärker



steigern als die übrigen im Dax und Euro Stoxx 50 notierten Unternehmen.

Der DAXplus Family-Index soll auch als Indikator für mittelständische Familienunternehmen auf dem Weg an die Börse dienen, sagen Börsianer. Der DAXplus Family 20-Index werde aufgrund seiner Liquidität auch in hohem Maße einer Anlage- und Handelsfunktion gerecht.

Die Gewichtung erfolge gemäß der Marktkapitalisierung der frei handelbaren Aktien, des so genannten Streubesitzanteils. Auf maximal zehn Prozent sei der Anteil eines Wertes am DAXplus Family-Index beschränkt. Der DAXplus Family 20-Index folge dem Konzept der Auswahlindizes der Deutschen Börse. Minütlich werde er als Kurs- und Performance-Index berechnet. Seine Zusammensetzung werde vierteljährlich überprüft, so der Börsenbetreiber.

Ansprechpartnerin: Inga Stein-Barthelemes  
i.stein-barthelmes@bdi.eu

## Innovationsindikator 2009

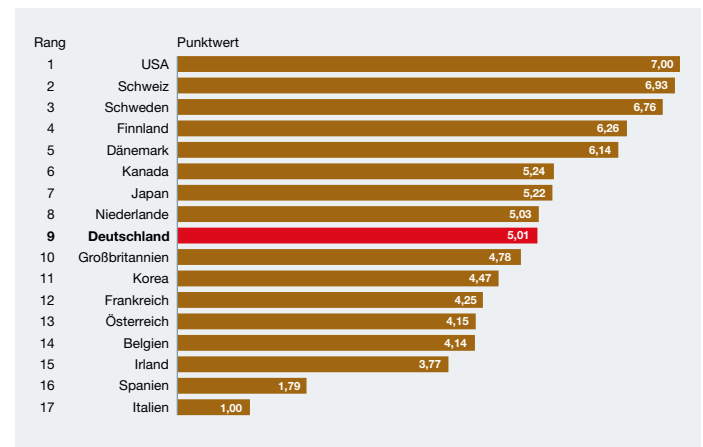
### Deutschland verschlechtert sich um einen Platz

Der Innovationsindikator Deutschland von BDI und Deutsche Telekom Stiftung zeigt Stärken und Schwächen Deutschlands auf, indem er die Bundesrepublik mit den 16 wichtigsten Industriestaaten vergleicht. Wichtige Fragen sind: Bietet Deutschland innovativen Unternehmen gute Rahmenbedingungen? Ist die Bundesrepublik für den immer härteren globalen Innovationswettbewerb richtig aufgestellt?

Der Innovationsindikator Deutschland 2009 gibt Antworten auf diese Fragen. Das Gesamtergebnis zeigt: Zu den weltweit innovationsfreundlichsten Standorten gehört Deutschland nach wie vor nicht. Viele Potenziale bleiben weiterhin ungenutzt. Handlungsbedarf besteht vor allem beim Kreditzugang und im Bildungssystem. Aber auch bei der Forschungsförderung hapert es noch: Die Einführung der steuerlichen Forschungsförderung, die besonders für den Mittelstand einfach handhabbar und unbürokratisch ist, wird von den Experten empfohlen, ist von der Bundesregierung aber noch nicht umgesetzt worden. Die Ergebnisse im Überblick: Die Bundesrepublik belegt im Innovationsindikator Deutschland unter den 17 führenden Industriestaaten nur Rang 9. Im Vergleich zum Vorjahr rutscht sie damit um einen Platz ab und verliert gegenüber den innovativsten Ländern weiter an Boden. Deutschland hat aber durchaus Stärken: Die Hersteller von Hochtechnologie sind hervorragend auf den Weltmärkten aufgestellt. Zulieferer und Wissenschaftseinrichtungen leisten qualitativ hochwertige Arbeit. Und die Wirtschaft arbeitet eng mit der Wissenschaft zusammen, um neue Produkte zu entwickeln.

Eklatante Schwächen bremsen jedoch die Innovationsfähigkeit: Die Unternehmen haben große Probleme, Kapital für Innovationen zu beschaffen. Das Bildungssystem ist unterfinanziert und ineffizient. Es mangelt an Fachkräften. Gesetze sind weniger innovationsfreundlich als in anderen Ländern. Und die Bundesbürger stehen Wissenschaftlern und forschenden Unternehmen relativ skeptisch gegenüber. Die im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung beschlossene steuerliche Forschungsförderung wurde von den Wissenschaftlern wiederholt als geeignetes Instrument zur Belebung der FuE-Aktivitäten empfohlen und ist Teil der Handlungsempfehlungen des diesjährigen Indikators. Sie könnte viel für den Standort Deutschland bewirken – wenn sie gut gemacht ist und rasch eingeführt wird. Mittelstands- und FIT-Ausschuss (BDI/BDA-Ausschuss für Forschungs-, Innovations- und Technologiepolitik) setzten sich auch weiterhin mit aller Kraft für Ihre Einführung ein: Eine wirksame steuerliche Forschungsförderung würde den Unternehmen ermöglichen, zehn Prozent ihrer Aufwendungen für Forschung und Ent-

#### Innovationsfähigkeit der führenden Industrieländer: Gesamtergebnis 2009



Quelle: DIW Berlin



wicklung von der Steuerschuld abzuziehen. Beschränkungen auf kleine und mittlere Unternehmen sollte es aber nicht geben, alle forschenden Unternehmen brauchen den Anreiz: Der Mittelstand, weil die Förderung einfach und unbürokratisch ist, und die Großen, weil es ihre deutschen Forschungsstandorte und Arbeitsplätze stärkt, die international um Forschungsprojekte konkurrieren.

Durch die steuerliche Forschungsförderung würde der Staat nach BDI-Berechnungen zunächst vier Milliarden Euro weniger Steuern einnehmen. Die Unternehmen investieren diese Ersparnis jedoch unmittelbar wieder in Forschung und Entwicklung. Dies bestätigen alle empirischen Erhebungen. Und das Besondere ist: Eine steuerliche Forschungsförderung für alle Unternehmen ermöglicht zwölf Milliarden Euro zusätzlicher Wertschöpfung. Sie bringt annähernd das Dreifache dessen, was sie kostet. Die aktuelle Ausgabe des Innovationsindikators finden Sie im Internet unter [www.innovationsindikator.de](http://www.innovationsindikator.de).

Ansprechpartner: Dr. Carsten Wehmeyer  
c.wehmeyer@bdi.eu

## Europa

### BDI wirbt für breiteren Mittelstandsbegriff

»Die strikte und rein quantitative Definition von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) schließt wachsende Mittelständler und größere Familienunternehmen aus, obwohl diese vor denselben Problemen stehen wie kleinere Mittelständler«, betonte Kirchhoff, Vorsitzender des BDI/BDA-Mittelstandsausschusses, bei Gesprächen mit der KMU-Beauftragten der EU-Kommission Françoise Le Bail.

Kirchhoff warb Mitte November in Brüssel für einen weiteren Mittelstandsbegriff: »Zugleich sind diese Unternehmen besonders wichtig für Innovation, Wachstum und Beschäftigung.« Erforderlich sei eine flexible Anwendung der KMU-Definition. »Wir brauchen nicht eine KMU-Definition für alle Branchen, sondern eine Betrachtung der einzelnen Sektoren.«

Weiteres Thema war die Neubesetzung der Europäischen Kommission. Wichtig sei vor allem ein weiterer Ausbau der institutionellen Verankerung der Mittelstandspolitik und der mittelständischen Interessenvertreter, so Kirchhoff. Die Rolle der »KMU-Beauftragten« der Europäischen Kommission sowie der »Enterprise Policy Group« (EPG), des »Mittelstandsbeirats« der Europäischen Kommission, müsse weiter gestärkt werden, um den »horizontalen Ansatz« in die Praxis umzusetzen.

Auf der Tagesordnung der EU-Mittelstandspolitik 2010 steht eine Zwischenbewertung des Small Business Acts. Dabei wird es neben dem Stand der Umsetzung insbesondere der laufenden Gesetzgebungsverfahren auch um die Verbindung mit der »Strategie EU2020« gehen. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Frage nach neuen Prioritäten in der Innovationspolitik sein. Ende Mai 2010 ist eine europaweite KMU-Woche geplant, an der sich auch der BDI und der europäische Wirtschaftsverband BUSINESSEUROPE beteiligen werden.

Um noch mal die Wichtigkeit der europäischen Mittelstandspolitik zu betonen, tagte diesmal der BDI/BDA und DIHK Mittelstandsausschuss am 8./9. Dezember 2009 in Brüssel. Dass auch in der europäischen Politik der Mittelstand eine wichtige Rolle spielt, bestätigten alle Gäste. Am Vorabend hatten die Ausschuss-Teilnehmer die Gelegenheit, mit Wolf Klinz, MdEP, Vorsitzender des Sonderausschusses für Finanzmarktregulierung, und Elmer Tertak, Direktor Finanzinstitute, GD Binnenmarkt und Dienstleistungen der Europäischen Kommission, über die Finanzkrise zu diskutieren.

Am zweiten Tag waren Jorgo Chatzimarkakis, MdEP, sowie Prof. Klaus Gretschmer, Generaldirektor im Generalsekretariat des Europäischen Rates, zu Gast. Im Mittelpunkt der



Europaflaggen; Foto: xavdlp/fotolia

Diskussion stand hier, ob die Wettbewerbsfähigkeit Dreh- und Angelpunkt der Europäischen Politik bleibt.

Mechthild Wördsdörfer, stellvertretende Mittelstandsbeauftragte der Europäischen Kommission, zeigte auf, welche Ziele in der nächsten Legislaturperiode für die europäische Mittelstandspolitik vorrangig sind. Jo Leinen, MdEP, Vorsitzender des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments stand Rede und Antwort zu dem Thema Umwelt- und Klimapolitik: Neue Chancen oder mehr Risiko für Mittelstand und Familienunternehmen

Ansprechpartnerin: Inga Stein-Barthelmes  
i.stein-barthelmes@bdi.eu

## Bilanzrecht

### IFRS für KMU auch für Europa?

Mit Veröffentlichung des International Financial Reporting Standard für kleine und mittlere Unternehmen (IFRS für KMU) wird in Europa die Frage der Anwendung des Standards diskutiert. Die EU-Kommission führt dazu eine Konsultation zur zukünftigen Entwicklung der 4. und 7. Richtlinie mit dem Ziel durch, ein Meinungsbild zum IFRS für KMU zu erhalten.

Mit der Konsultation erwartet die EU-Kommission ein Urteil über die Eignung des IFRS für KMU für eine weitverbreitete Anwendung in Europa. Die eingehenden Stellungnahmen sollen Grundlage für eine Entscheidung über die Art der Einführung der IFRS für KMU in Europa sein. Gleichzeitig dienen sie als Grundlage für die notwendigen Voraussetzungen im Rahmen der derzeitigen Überprüfung der Rechnungslegungsrichtlinien. Es geht um die Frage einer Vereinfachung der europäischen Bilanzierungsregeln insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen und die Frage des notwendigen Harmonisierungsgrades.

Die Veröffentlichung des IFRS für KMU könnte eine Gelegenheit bieten, die bestehenden Rechnungslegungsrichtlinien auf wenige Grundsätze zu reduzieren. Auf nationaler Ebene könnten dann detaillierte Rechnungslegungsvorschriften in Einklang mit den Richtlinien gelten – sofern vereinbar gegebenenfalls auch der IFRS für KMU. Eine andere Möglichkeit bestünde in der Ausweitung der 4. und 7. Richtlinie in Anlehnung an den IFRS für KMU. Diese Überlegung könnte bis zu einer verpflichtenden Übernahme des IFRS für KMU als Rechnungslegungsnorm für alle nicht kapitalmarktorientierten Unternehmen führen.

Eine erste Beurteilung des IFRS für KMU zeigt, dass viele Forderungen an einen endgültigen IFRS für KMU erfüllt wurden. So ist der IFRS für KMU ein selbstständiges Regelwerk ohne zwingenden Rückgriff auf IFRS. Wie gefordert wurden Ansatz- und Bewertungswahlrechte gestrichen. Die Komplexität der Regelungen wurde unter anderem durch die Einschränkung der Fair-Value-Bewertung reduziert. Insbesondere die Einführung der planmäßigen Abschreibung des Geschäfts- und Firmenwertes zeigt, dass der IFRS für KMU den Forderungen kleiner und mittlerer Unternehmen nach Vereinfachung der Regelungen nachkommt. Zu kritisieren bleiben die nach wie vor umfangreichen Anhangsangaben. Obwohl verringert, werden diese in Deutschland insbesondere im Hinblick auf die geltenden Offenlegungspflichten als Belastung empfunden.

Die Resonanz auf den IFRS für KMU war in Deutschland bislang sehr gering. Dennoch darf die Diskussion in Europa nicht ignoriert werden. Das im Jahr 2009 mit dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) modernisierte HGB wurde an die internationale Rechnungslegung unter der Maßgabe des Erhalts der Einheitsbilanz angepasst. Ein Modell für Europa wird es daher nicht sein können. Die Situation, der durch die geltenden steuer- und gesellschaftsrechtlichen Vorgaben nicht gegebene Anwendungsvoraussetzung für den IFRS für KMU in Deutschland, entspricht nicht der Situation in anderen europäischen Ländern. Einige europäische Länder sehen in der Einführung der IFRS für KMU einen Fortschritt und fordern die Möglichkeit der Anwendung.

Obwohl bislang nicht ernsthaft erörtert, lehnt der BDI eine verpflichtende Übernahme des IFRS für KMU ab. Auch für eine freiwillige, aber befreiende Anwendung im Einzelabschluss fehlen die Voraussetzungen in Deutschland. Die Notwendigkeit einer Harmonisierung der Rechnungslegung für nicht kapitalmarktorientierte Unternehmen ist aus Sicht des BDI zu hinterfragen. Dennoch ist zu beachten, dass der IFRS für KMU für diejenigen nicht kapitalmarktorientierten Unternehmen attraktiv sein kann, die bislang einen freiwilligen aber befreienden Konzernabschluss nach den komplexen IFRS aufstellen. Auch kann der IFRS für KMU eine Entlastung für all die Unternehmen sein, die als nicht kapitalmarktorientierte Tochterunternehmen in einen IFRS-Konzernabschluss eingebunden sind. Oberstes Ziel der Überarbeitung der 4. und 7. Richtlinie muss es sein, kleine und mittlere Unternehmen von unnötigen Erstellungskosten zu entlasten.

Ansprechpartnerin: Annette Selter  
a.selter@bdi.eu

## Klimakonferenz

### Verlässliches Abkommen beschließen

»Wir, die deutsche Industrie, brauchen ein starkes und verlässliches Abkommen, das eine langfristige Perspektive bietet und weltweit Investitionen in klimaschonende Technologien ermutigt«, erklärte BDI-Präsident Hans-Peter Keitel im Rahmen einer BDI-Klimaveranstaltung am 17. November. Das Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls sei nicht nur klimapolitisch, sondern auch ökonomisch enorm wichtig.

Führende Unternehmensvertreter haben im Rahmen der BDI-Initiative 'Wirtschaft für Klimaschutz' gemeinsame klimapolitische Positionen und Vorschläge entwickelt. Der »Berliner Appell« ([www.bdi.eu](http://www.bdi.eu)) formuliert in sechs Punkten die wesentlichen klimapolitischen Empfehlungen an die deutsche Delegation in Kopenhagen.

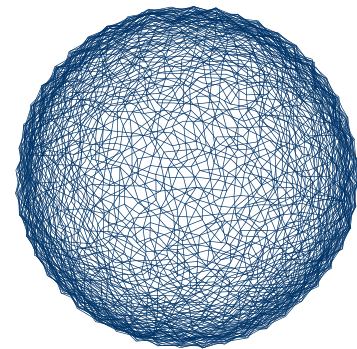
»Wichtig ist, weltweit vergleichbare Rahmenbedingungen zu schaffen, um Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit klug miteinander zu verbinden. Das erwarten wir von der internationalen Politik«, so BDI-Präsident Keitel. Nur mit einem weltweiten Schulterschluss lasse sich der Klimawandel beherrschen. Wettbewerbsverzerrungen durch ungleiche Belastungen schaden hingegen dem Klima und kosten Arbeitsplätze in Deutschland.

Das neue globale Klimaregime müsse daher alle großen Emittenten und alle Industriesektoren gleichermaßen in die Pflicht nehmen. Wirksamer Klimaschutz sei nur möglich, wenn alle großen Volkswirtschaften an einem Strang ziehen – einschließlich Schwellen- und Entwicklungsländer.

Die deutsche Industrie trägt dank ihrer Innovationen bereits wesentlich zu einem effektiven Klimaschutz bei. Deutsche Unternehmen sind international führend, wenn es um die Entwicklung und Produktion innovativer Klimaschonender Technologien geht. Sie halten mit 15 bis 20 Prozent den größten Anteil an den weltweiten Patentanmeldungen im Umwelttechnologiebereich.

Diese Technologien müssen auch praktisch eingesetzt werden. Nur eine massive Steigerung weltweiter Investitionen in klimafreundliche Technologien könne sicherstellen, dass ehrgeizige Klimaziele auch erreicht werden, so Keitel.

Für die deutsche Industrie eröffnen sich durch den weltweiten Klimaschutz auch große Chancen für Wachstum und Beschäftigung. Schon jetzt sind deutsche Unternehmen auf den »grünen« Weltmärkten mit einem Anteil von insgesamt mehr als 16 Prozent führend und weiter auf Erfolgskurs. Das ist überproportional, wenn man bedenkt, dass der Weltmarktanteil



COP15  
COPENHAGEN  
UNITED NATIONS CLIMATE CHANGE CONFERENCE 2009

von Produkten »made in Germany« insgesamt nur etwa zehn Prozent beträgt. Auch für mittelständische Unternehmen bieten sich durch aktiven weltweiten Klimaschutz große Chancen – einerseits Exporterfolge im Bereich klimaschonender Technologien zu erzielen und andererseits zu mehr Ressourceneffizienz beizutragen und dadurch Betriebskosten zu sparen.

Ansprechpartnerin: Sidonie Günther  
[s.guenther@bdi.eu](mailto:s.guenther@bdi.eu)

## Südafrika

### »Riese vom Kap« bedeutend für deutsche Wirtschaft

Südafrika ist mit einem Handelsvolumen von 12,6 Milliarden Euro und deutschen Direktinvestitionen in Höhe von etwa vier Milliarden Euro der zurzeit wichtigste deutsche Handelspartner auf dem afrikanischen Kontinent. Stabile politische Verhältnisse und eine im afrikanischen Vergleich gute Infrastruktur machen Südafrika auch für Mittelständler zu einem interessanten Wirtschaftsstandort.

Trotz einer positiven Entwicklung in den zurückliegenden Jahren ist das Potenzial des bilateralen Wirtschaftsaustausches zwischen Südafrika und Deutschland längst nicht ausgeschöpft. Es müssen weitere Anstrengungen getätigt werden, um diese zum beiderseitigen Nutzen weiter auszubauen. In diesem Sinne betonte Peter Hintze, Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, die Bedeutung des »Riesen vom Kap« für die deutsche Wirtschaft in seiner Eröffnungsrede beim ersten Deutsch-Südafrikanischen Wirtschaftsforum. Dieses veranstaltete der BDI in Kooperation mit seinen Partnern der Südliches Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI) vom 30. November bis 1. Dezember bei der Siemens AG in München.

Das Forum gab mehr als 300 deutschen und südafrikanischen Teilnehmern aus Politik und Wirtschaft die Möglichkeit, sich über neue Projekte und Perspektiven der Zusammenarbeit in Südafrika auszutauschen. Zentrales Anliegen aller war, dass Investitionen in die Infrastruktur, die vor allem im Zuge der Fußballweltmeisterschaft 2010 getätigt wurden, auch nach 2010 nicht abreißen. »Es gibt ein Leben nach 2010« sagte die südafrikanische Generalkonsulin Tselane Mokuena.

Tatsächlich plant der südafrikanische Staat, in den nächsten Jahren weiterhin in die Infrastruktur zu investieren, nicht zuletzt auch als Maßnahme gegen die negativen Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Regierung Südafrikas wird bis 2012 etwa 60 Milliarden Euro in die Infrastruktur des Landes investieren. Der Fokus liegt dabei auf dem Ausbau von Häfen, der Erweiterung des Strom- und Wassernetzes sowie dem Häuserbau. Auch für deutsche Unternehmen ergeben sich hieraus zahlreiche Geschäftsmöglichkeiten.

Zwar liegen die Wachstumsprognosen für das Bruttoinlandsprodukt 2009 mit – 1,5 Prozent bis zwei Prozent im negativen Bereich. Allerdings rechnen Experten für 2010 und 2011 bereits mit einem realen Plus des BIP von 2,5 bis vier Prozent. Hauptbedingung dafür ist die Erholung der Weltwirtschaft. Positive Impulse werden auch von der Fußballweltmeisterschaft erwartet. Zudem dürften hohe Staatsinvestitionen in



SAFRI-Vorsitzender, Prof. Dr. h.c. Jürgen E. Schrempf mit Botschafter der Republik Südafrika, S.E. Sonwabo Eddie Funde (v.l.n.r.)

die Infrastruktur und niedrige Zinsen für Aufträge und eine steigende Binnennachfrage sorgen.

Als positives Signal wird auch das verstärkte Engagement BMWs in Südafrika gewertet. Die BMW Group kündigte im Oktober 2009 an, rund 200 Millionen Euro in den strukturellen und produktionstechnischen Ausbau des südafrikanischen Werks Rosslyn sowie in die Weiterentwicklung der lokalen Zulieferindustrie zu investieren.

Ansprechpartner: Cynthia Foly  
c.foly@bdi.eu

## Brasilien

### Chancen für eine neue Wirtschaftspartnerschaft nutzen

**Gute Geschäftsaussichten in Brasilien: Präsident Lula da Silva lädt deutsche Unternehmen zur Teilnahme an den Milliarden-Ausschreibungen für die Fußballweltmeisterschaft 2014 und die Olympischen Sommerspiele 2016 in seinem Land ein.**

Der brasilianische Präsident Lula da Silva stattete Deutschland vom 2. bis 4. Dezember 2009 einen offiziellen Staatsbesuch ab. Schwerpunkt seiner zweitägigen Reise war eine Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder: Insbesondere sollen deutsche Firmen einen großen Anteil an den geplanten Infrastrukturprojekten Brasiliens in Höhe von rund 200 Milliarden Euro erhalten.

Lula begann seinen Besuch in Berlin, wo mehrere bilaterale Abkommen unterzeichnet wurden. Auf Initiative des BDI kam es zum Abschluss einer Absichtserklärung zur Förderung der Beteiligung deutscher Firmen an den Investitionen zur Vorbereitung der beiden sportlichen Großereignisse in Brasilien: der Fußballweltmeisterschaft 2014 und der Olympischen Sommerspiele 2014 in Rio de Janeiro – kurz »Projekt 2014 / 2016«. Im Beisein von Präsident Lula und Kanzlerin Angela Merkel unterzeichnete auf deutscher Seite Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle das Memorandum of Understanding im Kanzleramt.

Nach der Unterzeichnung hatte der Vorsitzende des BDI-Brazil-Boards Stefan Zoller, Mitglied des EADS Executive Committee, Gelegenheit, das »Projekt 2014/2016«, dem brasilianischen Präsidenten näher vorzustellen. Eine Reise nach Brasilien, mit einem Besuch bei Präsident Lula, wurde für Februar 2010 verabredet.

Das »Projekt 2014 /2016« wurde am 18. November 2009 im BDI aus der Taufe gehoben. Angedacht worden war es bereits auf den Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstagen in Vitória vom 30. August bis 1. September 2009. Es ist besonders auf die Interessen des deutschen Mittelstands ausgerichtet, die u.a. von der Türöffnerqualität großer Firmen profitieren sollen.

Am letzten Tag seiner Staatsvisite fuhr Lula mit dem ICE von Berlin nach Hamburg. Während der Fahrt bestand Gelegenheit, dem brasilianischen Präsidenten ausführlich die deutsche Schientechnologie für die geplante Route Rio de Janeiro nach Sao Paulo vorzustellen.

In Hamburg hatten der Lateinamerikaverband, die Handelskammer Hamburg und der Hamburger Senat in Kooperation mit dem BDI ein spezielles Programm anlässlich des Staats-



Vertragsunterzeichnung in Berlin. Vorne links: brasilianischer Vize-Außenminister Antonio de Aguiar Patriota, Bundesumweltminister Röttgen; dahinter stehend (von links): brasilianischer Staatspräsident Luiz Inácio Lula da Silva, Bundeskanzlerin Merkel, Bundesaußenminister Westerwelle, Bundeswirtschaftsminister Brüderle.

besuchs aufgelegt. Kernelement war ein ganztägiges Präsentationseminar zu »Brasilien – Deutschland: Zeit für eine neue Wirtschaftspartnerschaft«.

In drei Panels, die Prof. Stephan Reimelt, Vorstand MAN Ferrostaal AG und Co-Vorsitzendem der Deutsch-Brasilianischen Gemischten Kommission, leitete, wurden Projekte zur Infrastruktur, Logistik und Energie mit den Schwerpunkten: Häfen, Flughäfen, Schienennetz vorgestellt, der Einfluss von Innovationen in der Produktivwirtschaft als Katalysator der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen behandelt und erneut das Projekt »2014 /2016« präsentiert.

Höhepunkt der Veranstaltung war eine Ansprache des brasilianischen Präsidenten, der die deutsche Wirtschaft einlud, ein großes Stück von dem Kuchen der Milliarden-Ausschreibungen zum Aufbau seines Landes und der Vorbereitung der beiden sportlichen Großereignisse in seinem Land zu erhalten.

Das Projekt 2014 /2016 wird dies erleichtern.

Ansprechpartnerin: Sigrid Zirbel  
s.zirbel@bdi.eu

## Deutsch-Arabischer Kongress

### Gemeinsam aus der Krise

Der arabische Raum mit seiner stark wachsenden, jungen Bevölkerung, seiner Kapitalkraft, der Bedeutung von Familienunternehmen und einer großen Sympathie für Deutschland ist ein wichtiger Partner gerade für deutsche Familienunternehmen. Allein in den Golfstaaten verfügen 5000 Familienunternehmen über 500 Milliarden US-\$ Vermögen und beschäftigen 70 Prozent der Arbeitskräfte.

Das International Institute for Family Enterprises (IIFE) der Universität Witten /Herdecke veranstaltete Anfang November in Bahrain einen Deutsch-Arabischen Kongress für Familienunternehmen. Leitthema der Veranstaltung war: Familienunternehmen und die Wirtschaftskrise.

Arend Oetker, Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG und BDI-Vizepräsident, war Schirmherr der Veranstaltung. Referenten aus Wissenschaft und Praxis diskutierten Herausforderungen und Lösungsvorstellungen für die tiefgreifenden strukturellen Veränderungen der globalen Wirtschaft. Zielgruppe des Kongresses waren Familienmitglieder und Fremdgeschäftsführer führender deutscher Familienunternehmen und der 100 führenden arabischen Familienunternehmen, denen das IIFE auf vielfältige Weise Raum für einen gemeinsamen Dialog schuf.

In 24 hochkarätig besetzten Arbeitsgruppen sowie einem Abschlusspanel diskutierten Referenten aus Wissenschaft und Praxis Herausforderungen und Lösungsvorstellungen für die tiefgreifenden strukturellen Veränderungen der globalen Wirtschaft. Familienunternehmen mit ihren Wertvorstellungen und ihrem langfristigen Denken sind Stabilitätsfaktoren für die jeweilige nationale Wirtschaft und haben Modellcharakter für nachhaltigen Erfolg und soziale Verantwortung in ihren Gesellschaften.

Neben Arend Oetker war der BDI, der sich mittelbar über seine Mitgliedsverbände aus 98 Prozent mittelständischen Unternehmen zusammensetzt, auch durch Ullrich Grillo, Vorsitzender des BDI-Ausschusses Rohstoffpolitik, sowie Dieter Schweer, Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung, vertreten.

Ulrich Grillo befasste sich mit der Frage, ob die für große öffentliche Firmen in den USA und Europa geprägten Vorstandsstrukturen angesichts der Rezession von 2008/09 auf Familienunternehmen passen. Neuere Forschungen legen nahe, dass eine Orientierung der Strukturen auf betreffende Familienwerte vorzuziehen ist.

Dieter Schweer unterstrich die Bedeutung der Familienunternehmen für die deutsche Industrie und verwies auf die Stärken der deutschen Unternehmen in Schlüsselindustrien, die zu den weltweit aufgelegten Konjunkturprogrammen im Bereich Infrastruktur geeignet beisteuern können.

Der Kongress führte erfolgreich arabische und deutsche Familienunternehmen zusammen und trug mit Blick auf die Finanzprobleme in Dubai zu einer gegenseitigen Vertrauensbildung bei. Er soll daher auch im nächsten Jahr fortgesetzt werden.

#### Veranstaltungsreihe

Internationalisierung des Mittelstandes: Aus der Krise in die Wachstumsoffensive

Unter dem Titel »Chancen für den Mittelstand auf den internationalen Märkten: Auslandsgeschäfte erfolgreich finanzieren und absichern« veranstalten der BDI und die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft am 14. Januar die Auftaktveranstaltung in München.

Weitere Veranstaltungen sind geplant:

• *Risiko Rohstoffversorgung – Strategien und Handlungsoptionen* • Veranstaltungsort: München, Termin: 5. Februar 2010

• *Auslandsstrategien auf dem Prüfstand* • Veranstaltungsort: Berlin, Termin: geplant 1. Quartal 2010

• *Teilhabe an Konjunktur- und Infrastrukturmaßnahmen in ausgewählten Ländern* • Veranstaltungsort: München, Termin: geplant 2. Quartal 2010

Aktuelle Informationen und Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie unter: [bdi.eu/termine.htm](http://bdi.eu/termine.htm) und [www.vbw-bayern.de/Internationalisierung](http://www.vbw-bayern.de/Internationalisierung)

Ansprechpartner: Dr. Werner-Dieter Klucke  
w.klucke@bdi.eu